

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., für das übrige Ausland 25,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Oranienstraße 8-9.

Die achtteilige Kampfschrift über den Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen: 1000 Zeichen Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,50 M., resto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die verpuffte Puttschaktion

Keine Generalstreikbewegung in Berlin / Das Ende der „Aktion“ in Mitteldeutschland / Die Kommunisten in Eisleben verhandeln mit den Polizeitruppen

Der Aufruf der Zentrale der Kommunistischen Partei zum Generalstreik hat ebenso wenig Erfolg gehabt, wie die Aufforderung zur Besetzung der Betriebe während der Feiertage. Der gestrige Tag ist in Berlin überall völlig ruhig verlaufen. Die Arbeiterschaft denkt nicht daran, selbst soweit sie der Kommunistischen Partei bisher angehörte, der irrsinnigen Parole Folge zu leisten.

Daselbe Bild zeigt die Lage im übrigen Reich. Die vereinzelt übertriebenen Alarmnachrichten der bürgerlichen Presse bestätigen nur den Eindruck, daß der Parole der Kommunistischen Partei zum bewaffneten Puttsch nirgends Folge geleistet wird. In Hamburg herrscht völlige Ruhe. Im Ruhrgebiet sind die Versuche der Kommunisten zur Entfesselung eines Ausstandes von vornherein an dem Widerstand der Arbeiter gescheitert. In Süddeutschland ist ebenfalls nichts von einer Befolgung der Parolen zu bemerken. Ebenso wenig im Freistaat Sachsen.

Auch in Mitteldeutschland haben die einzelnen „Aktionen“ bereits ihren Höhepunkt überschritten. In Halle selbst herrscht, wie aus der Darstellung unseres Korrespondenten hervorgeht, nicht die geringste Streikstimmung. Im Zeit-Weichenfelder Revier sind die Kommunisten ebenfalls ohne jeden Einfluß geblieben. Auch in Bitterfeld dürften ihre Versuche, die Belegschaft zum Ausstand zu bringen, keinen Erfolg haben.

Bedenklich ist die amtliche Meldung, daß die Kommunistenführer in Eisleben in Verhandlungen über die Einstellung des Kampfes gebeten haben, und daß sie versprochen, dafür einzutreten, daß die Bedingungen angenommen und vorbehaltlos befolgt werden. Die kommunistischen Führer im Zentrum der Aufstandsbewegung haben also selbst eingesehen, daß ihr abenteuerlicher Puttschversuch mit der Niederlage geendet hat.

Ruhe in Halle

Aus Halle wird uns über die Lage in Mitteldeutschland mitgeteilt:

Die Generalstreikpatrouillen der kommunistischen Parteien und der Arbeiter-Union haben in der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands nur ein schwaches Echo hervorgerufen. In Halle selbst hatten sich bis Donnerstagabend nur sehr wenige Betriebe für den Streik erklärt. In der Metallgießerei von Wegelin u. Hübner wurde Beteiligung am Generalstreik beschlossen, ferner traten die Güterbodenarbeiter der Eisenbahn in den Streik ein. Die Eisenbahndirektion ließ nun durch Anschlag bekannt geben, daß diejenigen, die bis Sonnabend früh die Arbeit nicht wieder aufnehmen, sich als entlassen zu betrachten haben. Wie mitgeteilt wird, haben sich daraufhin bereits am Donnerstag nachmittags zwei Drittel der Güterbodenarbeiter wieder zur Arbeit gemeldet. In der Hauptwerkstätte der Eisenbahn wurde die Beteiligung am Generalstreik mit 665 gegen 435 Stimmen in geheimer Abstimmung abgelehnt.

Der Streik der Röttischen Gas- und Wasserarbeiter hat mit dem Generalstreik nichts zu tun; es handelt sich um die Nichtbewilligung einer Wirtschaftsbefehle durch den Magistrat, was die städtischen Arbeiter mit dem Streik beantworteten. Die Elektrizitätsarbeiter, die sonst stets mit die ersten bei einem Generalstreik waren, arbeiten noch, das Gaswerk ist ebenfalls wieder im Gange. Der Straßenbahnverkehr ist regelmäßig; auch mit der Einstellung des Eisenbahnverkehrs braucht nicht gerechnet zu werden.

Außerlich bietet Halle das gewohnte Bild ruhiger Zeiten; eine besondere Erregung ist nirgends zu merken.

In Leuna, wo die Beteiligung am Generalstreik angeblich von 18 000 Arbeitern „einstimmig“ (?) beschlossen ist, sind die Arbeiter in dem Werk konzentriert. Die Terroristen, die bewaffnet sind, haben nach der Abstimmung nur die Arbeiter unter 18 und über 45 Jahren entlassen, die übrigen werden jedoch von ihren bewaffneten Arbeitskollegen gefangen gehalten. Die umliegenden Ortschaften von Leuna sind von bewaffneten Arbeitern besetzt; diese beschuldigen jedenfalls, heranziehenden Truppen die Besetzung des Leunawerkes zu erschweren. — Die Meldung von einer „roten Armee“ im Leunawerk, die von bürgerlicher Seite verbreitet wird, ist jedenfalls stark übertrieben. Bekanntlich ist der kommunistische Betriebsrat des Leunawerkes abgesetzt und durch einen Aktionsausschuß ersetzt worden. Dieser, aus Mitgliedern der RABD. und der Arbeiter-Union bestehend, verläßt offensichtlich durch die Einsperrung der gesamten Belegschaft diese in der Hand zu behalten, um den Generalstreik nicht durch Abspaltung zusammenbrechen zu lassen, was sonst sicher zu erwarten wäre.

Im Gesseltal, das eine als revolutionär gestimmte bekannte Arbeiterschaft aufweist, haben sich die Bergarbeiter der meisten Gruben ablehnend zum Generalstreik verhalten.

Falls die Bewegung nicht durch unkluge Maßnahmen der Regierung wieder angefaßt wird, dürfte sie in wenigen Tagen am Ende sein. Der Oberpräsident Hörning hat der Kommission, die mit ihm am Dienstag verhandelte, erklärt, daß er keine Reichswehrruppen zu Hilfe holen würde, sondern sich mit der Schutzpolizei allein behelfen werde.

Die Lage in Eisleben

Eisleben, 25. März.

Die Sicherheitspolizei beherrscht jetzt völlig die Lage. Als die Verstärkungstruppe aus Richtung Querfurt anlangte, konnte man die Arbeitertruppen bis nach Kreisfeld abdrängen, wo sie sich auf den Höhen festsetzten und ein Feuer unterhielten. Die Nacht verließ ruhig. Ab und zu fielen einige Schüsse. Auch heute hört man nur ab und zu einen Schuß. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Angaben Berliner Zeitungen über die bisherigen Verluste beruhen auf Schätzungen. Es wird angegeben, daß die Zahl der Opfer beträchtlich ist. Genauer Nachforschungen sind aber noch nicht möglich. Die Kommunisten fordern die Familien auf, ihre Opfer anzumelden, damit die Bekleidung „mit allen kommunistischen Ehren“ vor sich gehen könne. Obwohl die „Mansfelder Volkszeitung“ verboten ist, erschien sie auch gestern mittig, wenn auch nur zweifelhafte, und brachte u. a. einen Aufruf, in dem die Mannschaften der Sicherheitspolizei zum Uebertritt auf die Seite der roten Kampfruppen aufgefordert werden.

Eine kommunistische Versammlung beschloß in Querfurt die Verkündigung des Generalstreiks. Sonst ist die Lage hier ruhig. Sicherheitspolizei ist noch nicht eingetroffen.

In Schraplau und Stedien sowie in anderen Ortschaften ließ man an den Häusern Anschläge, in denen die gesamte Bevölkerung zwischen 18 und 35 Jahren zum sofortigen Eintritt in die roten Kampfruppen aufgefordert wird. Wer der Aufforderung nicht Folge leistet, werde erschossen werden. Der Aufruf ist von Max Hölz unterzeichnet.

In Sangerhausen ist die Lage völlig ruhig, ebenso in Mieheln. Auch aus Raumburg wird völlige Ruhe gemeldet.

Die Kommunisten wünschen Verhandlungen

Magdeburg, 25. März (amtlich.)

Die Kommunistenführer in Eisleben sind beim dortigen Kommandeur erschienen und haben um Verhandlungen über die Einstellung des Kampfes im ganzen Mansfelder Gebiet gebeten. Der Kommandeur lehnte auf Weisung des Oberpräsidenten jede Verhandlung mit den aufrührerischen Arbeitern ab und stellte folgende Forderungen:

1. Die aufrührerischen Banden stellen sofort den Kampf ein; dann wird die Schutzpolizei nicht mehr schießen.
2. alle Waffen und Munition sind sofort abzugeben.

Diesjenigen, die freiwillig abliefern, werden nicht nach Namen gefragt und werden auch nicht verfolgt. Sämtliche Kraftwagen und sonstigen geräudeten Sachen sind sofort zurückzugeben. Gestattet wird, daß die Ortsbehörden die Waffen einsammeln. Die Arbeit ist sofort in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Die erschienenen Kommunistenführer unter Führung des Redakteurs Bechtold der „Mansfelder Volkszeitung“ versprachen, bei ihren Leuten mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Bedingungen angenommen und vorbehaltlos befolgt werden.

Ein Aufruf Hörnings

Der Oberpräsident Hörning hat einen Aufruf an die Arbeiterschaft des Regierungsbezirks Merseburg gerichtet. Er betont noch einmal, daß er nicht daran denkt, die Betriebe zu besetzen. Seine Aktion richtete sich nur gegen jene Verbrecher, die Eisenbahnattentate, Bankraubungen, Häuserprengungen ausführen. Es heißt ferner in dem Aufruf: „Die Kommunistische Partei weiß sehr genau, daß die Beamten der Polizei einmütig und eifrig den Verbrechern zu Hilfe wollen und will. Die Polizei ist, ohne zu provozieren, ruhig eingezogen, das haben die Kommunistenführer anerkannt. Während diese im Provinzialparlament sich gegen die Verbrecher wandten, bekämpften die „Mansfelder Volkszeitung“ und „Der Klassenkampf“ die Arbeiter auf, mit der Waffe in der Hand gegen die Polizeibeamten vorzugehen, die angegriffen, ver-

wundet und sogar getötet wurden. Die Organe der vereinigten kommunistischen Partei haben also nicht nur zu Verbrechen angefordert, sondern auch die Verbrecher gedeckt, sich also mit diesen auf eine Stufe gestellt.

Arbeiter! Begreift ihr noch nicht, daß ihr von Verbrechern, von bezahlten Subjekten zum Verbrechen aufgereizt und ins Verderben geführt werdet. Selbst kommunistische Gewerkschaftsführer haben mir ihren Absichten ausgesprochen, den sie vor einem solchen wahnsinnigen Treiben haben. In letzter Stunde rufe ich euch nochmal zur Umkehr, zur Vernunft. Laßt euch nicht weiter aufheizen.

Geht die Waffen den ordentlichen Behörden sofort ab, geht ruhig zur Arbeit, die Polizei wird keinem, der ruhig seiner Arbeit nachgeht, auch nur ein Haar krümmen, wenn er nicht Verbrechen begangen hat. Nur die Verbrecher will die Polizei haben und sie wird und muß alle jene, die sich ihr, um dieses Ziel zu erreichen, in den Weg stellen, niederkämpfen. Machte sich niemand weiter mitschuldig, die Verbrecher gedeckt zu haben, denn das ist jetzt nur noch der einzige Zweck des Wahnsinns.

Warnung vor Zusammenrottungen

Eine amtliche Bekanntmachung

Der Polizeipräsident Richter erläßt folgende Bekanntmachung:

Von den Zeitungen beider kommunistischer Richtungen wird zum offenen Aufruf gegen die Staatsautorität aufgelesen. Es ist damit zu rechnen, daß irreführende Personen, die sich der Trugweite ihrer Handlungen nicht bewußt sind, sich versammeln, um verbrecherische Aktionen zu unternehmen. Die Polizeiorgane haben Anweisung, mit allen Mitteln gegen derartige Zusammenrottungen einzuschreiten. Damit soll das nach der Verfassung jedem Deutschen gewährleistete Recht, sich zu friedlichen Zwecken zu versammeln, in keiner Weise angetastet werden.

Um die friedliebende Bevölkerung vor Schaden zu bewahren, wird nachdrücklich vor der Teilnahme an allen Versammlungen unter freiem Himmel und an Straßendemonstrationen gewarnt. Der Polizeipräsident, gez.: Richter.

So berechtigt auch eine Warnung vor verbrecherischen Aktionen sein mag, so erweckt doch die vorstehende Bekanntmachung den Eindruck, als wenn damit die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verhindert werden soll. Dazu liegt aber unseres Erachtens weder eine Rechtsgrundlage noch eine zwingende Veranlassung vor.

Verbot von Zeitungen

Auf Grund des Ausnahmezustandes sind in Hamburg die „Volkszeitung“ und in Halle der „Klassenkampf“ erst beschlagnahmt und dann zerstört worden. Wenngleich wir diese Maßnahme für verfehlt halten, weil durch sie eine Beruhigung des auf Irrwege gekehrten kleinen Teiles der Arbeiter nicht zu erwarten ist, so haben sie immerhin doch den Schein eines Rechtsgrundes für sich. Gänzlich ungerechtfertigt dagegen ist die Beschlagnahme der gesamten Auflage der Freitag-Morgenausgabe der „Noten Fahn“ durch die Staatsanwaltschaft. In Berlin haben wir keinen Ausnahmezustand, der dafür einen formalen Rechtsgrund hätte schaffen können. Auch die kommunistische Presse, mag sie selbst von politischen Kindern oder Narren geleitet sein, steht unter dem Schutze der Reichsverfassung und des Preßgesetzes. Gegen sie kann nur auf Grund vollendeter Vergehen eingeschritten werden. Zu einer Beschlagnahme des Blattes, bevor es überhaupt in die Öffentlichkeit gelangt ist, hat die Staatsanwaltschaft kein Recht. Die sozialistische Arbeiterschaft lehnt die Hilfe von Staatsanwaltschaft und Polizei ab; sie wird selbst dafür sorgen, daß die bessere Einsicht auch in jenen Kreisen wiederkehrt, die heute noch vorübergehend den Parolen puttschlicher Wirtstöpfe folgen. Dieser Gedankensprozeß kann durch überreizte Staatsanwälte und Polizeiorgane nur gefördert werden.

Ruhe in Thüringen

Weimar, 24. März.

Das Staatsministerium für Thüringen hat von Weimar aus an die Reichsbehörden das dringende Gesuchen gerichtet, mit Rücksicht auf die in Thüringen herrschende vollkommenste Ruhe in allen amtlichen und Pressenachrichten über die Lage in Mitteldeutschland zu sprechen von „Mitteldeutschland außer Thüringen“.

Die Witterung der Masgeier

Wie nicht anders zu erwarten war, stürzt sich das reaktionäre Pressegeflücht auf die kommunistische „Aktion“, um daraus Material für eine Dege gegen die ganze Arbeiterbewegung zu gewinnen. Es werden „Sonderberichter“ auf die Kriegshauptpläne entsandt, die in die aufgetragenen Farben die Situation so schildern, daß allen Spießbürgern das Gruseln ankommen muß. Man sucht es auch so darzustellen, als ob die sozialistischen Parteien gegenüber den Kommunisten mit der Bourgeoisie eine Art Einheitsfront bilden. Obwohl ein Zweifel daran eigentlich kaum bestehen kann, wollen wir doch noch einmal hervorheben, daß unsere Ablehnung der kommunistischen Taktik nicht gleichbedeutend ist mit einer Solidarität mit den bestehenden Klassen. Im Gegenteil: Gerade weil wir Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind, lehnen wir diese Methode ab, die nur zur Schwächung des Proletariats und zur Stärkung der Machtposition der bürgerlichen Klassen führt.

Mag ein Teil unserer Klassenossen jetzt auch, aufgebracht und verwirrt durch politische Abenteuer und bezahlte Spitzel, sich auf falsche Wege verloren haben, so bleiben sie doch immer unsere Klassenossen, die wir vor jedem ungerechtfertigten Angriff zu schützen wissen werden. Unsere Kampffront ist gegen rechts gerichtet; sind wir auch zeitweilig gezwungen, uns der Angriffe von links zu wehren, so wollen wir doch niemals vergessen, daß auch die kommunistischen Arbeiter unsere Brüder sind, mit denen wir uns zu jeder Zeit verständigen wollen, mit denen wir gemeinsam zu kämpfen bereit sind, sobald sie sich wieder auf den Boden der Tatsachen zu stellen gewillt sind.

Wir wissen, daß auch die Mehrzahl der kommunistischen Arbeiter nichts mit jenen Leuten zu tun hat, die man als Lumpenproletariat bezeichnen muß, und die mit ihren Handlungen die Klassenbewegung des Proletariats aufs empfindlichste schädigen. Wir wissen weiter, daß selbst ein erheblicher Teil der in führenden Stellungen stehenden Kommunisten mit den wahnsinnigen Parolen ihrer Freunde nichts zu schaffen haben wollen und sich jetzt schon abseits gestellt haben, um nicht die Verantwortung für die Karrenstöße ihrer Genossen mittragen zu müssen.

So dürfen wir hoffen, daß aus der Verwirrung dieser Tage die Mehrzahl der heute noch den kommunistischen Parolen nachlaufenden Arbeiter die Erkenntnis schöpfen werden, daß gegenüber der geschlossenen Front der Bourgeoisie nur die geschlossene Front des Proletariats den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrem jehigen Elend führen kann, und daß jede Sonderaktion, jeder Putsch, jeder terroristische Gewaltakt gegen die eigenen Klassenossen nur Arbeit für die Konterrevolution ist.

Die Masgeier der Reaktion wittern Morgenluft. Die Arbeiter müssen zusammenstehen und durch ihre Einmütigkeit bekunden, daß weder für Putschisten von links noch von rechts die Erntezeit gekommen ist!

Jubel in Bayern!

Die Kommunisten als Schrittmacher der Reaktion

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 26. März.

Am Donnerstag sprach in München der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas über die Vorgänge in Mitteldeutschland und verlangte die Verpflückung zur „positiven“ Revolution. In einer Entschlüsselung werden die bayerischen Arbeiter aufgefordert, Truppen- und Munitionstransporte zu verhindern. Weiter wird verlangt: Freilassung der politischen Gefangenen, Einigung über die Köpfe der verräterischen Führer hinweg und Uebergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie. Ein nach der Versammlung verbotener Demonstrationsszug wurde von einem großen Sippenaufbot verhindert. In Zusammenhang ist es nicht gekommen. Wendelin Thomas wurde kurz nach der Versammlung wegen Aufforderung zum Hochverrat, auf frischer Tat betroffen, verhaftet.

Die kommunistische „Neue Zeitung“ in München wurde heute vor ihrem Erscheinen beschlagnahmt, weil die Polizei durch Spitzel erfahren hatte, daß die heutige Nummer den Generalkaufmann der Kommunisten bringen wird. Das weitere Er-

scheinen der Zeitung wurde verboten. — Bisher ist in München alles ruhig. Die ganze bayerische Presse jubelt über den erwünschten Erfolg, die Notwendigkeit der Einwohnerwehren bewiesen zu können. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nennen es Selbstmord, jetzt die Einwohnerwehren aufzulösen. Der „Bayerische Kurier“ schreibt in bezug auf Mitteldeutschland:

„In einem solchen Augenblick sollen wir in Bayern uns völlig wehrlos machen und selbst beitragen, das Ueberdrehen der außerordentlichen Bewegung nach dem Süden herbeizuführen.“

Das Regierungsorgan, die „Bayerische Staatszeitung“, steht in den mitteldeutschen Vorgängen eine vollkommenere Rechtfertigung der Haltung, die Bayern in der Frage der Auflösung der Selbstschutzorganisationen eingenommen hat.

Ein Handstreich auf die „Freiheit“

Heute früh erschienen bei der Geschäftsleitung der „Freiheit“ drei Mann, die sich als Vertreter der Arbeitslosen ausgaben und mit dem Betriebsrat der Druckerei eine Besprechung wünschten. Trotzdem die Herren keinerlei Legitimation hatten, wurde ihnen die Besprechung gewährt. Sie verlangten nunmehr, daß der gesamte Betrieb der „Freiheit“ stillgelegt werden solle, weil sie mit der Haltung unseres Blattes nicht einverstanden seien. Dieses Verlangen wurde selbstverständlich abgelehnt. Darauf zogen die drei Mann mit der Bemerkung ab, daß das Weiteres sich finden werde.

Es kennzeichnet den ganzen Charakter der kommunistischen „Aktion“, daß sie sich nicht etwa gegen die Bourgeoisie, sondern zuerst gegen die eigenen Klassenossen wendet. Die Herren Putschisten werden es sich zehnmal überlegen, gegen die bürgerliche Presse etwas zu unternehmen. Dagegen glauben sie, ihre Sache fördern zu können, wenn sie diejenigen Arbeiter und ihre Organe zu schädigen versuchen, die ihre irrsinnige Politik nicht mitmachen wollen.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit ganz eindeutig erklären, daß die Haltung der Redaktion der „Freiheit“ lediglich von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse bestimmt wird. Wir werden uns darin weder durch Drohungen noch durch Gewaltakte beeinflussen lassen. Und wir wissen, daß wir uns im Einklang befinden nicht nur mit den Mitgliedern unserer Partei, sondern auch weiter Kreise derjenigen Arbeiter, die bisher den kommunistischen Tagesparolen nachgelaufen sind.

Attentat auf die „Unabhängige Volkszeitung“ in Dresden

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 26. März.

Die wahnsinnige Verfolgungswut aufgeheiter Elemente hat sich auf ein anderes Objekt geworfen. Am Karfreitag, abends gegen 7 Uhr, sind in der Druckerei der „Unabhängigen Volkszeitung“ die Rotoren und Schaltanlagen für die Rotationsmaschine blindwütig zerstört worden. Die Treibriemen der Schnellpresse wurden zerschnitten und mitgenommen. Die Türen zum Hofe und Druckereigebäude sind ausgebrochen worden. Drei Männer wurden von Hausbewohnern in der fraglichen Zeit beobachtet, wie sie das Druckereisofal mit Paketen verließen. Es liegt unzweifelhaft ein politischer Mordanschlag vor, geboren aus der durch die Aufrufe der kommunistischen Zeitungen erzeugten „Kampfklimmung“. Besonders merkwürdig hat es offenbar erregt, daß die „Unabhängige Volkszeitung“ den „Kampfsparolen“ der Kommunisten scharf entgegengetrat. Die Kriminalpolizei hat von dem Wahnsinnsoakt Kenntnis bekommen, doch ist bis zur Stunde Näheres nicht zu ermitteln gewesen. Die Herausgabe der Zeitung ist gesichert.

Die Lage im Ruhrgebiet

Essen, 25. März.

Heute vormittag versammelte sich infolge des Aufrufes des „Ruhr-Echos“, des kommunistischen Organs für das Industriegebiet, eine sehr große Menschenmenge auf dem Burgplatz. Von vier Rednern, darunter einem Delegierten aus dem mitteldeutschen Ruhrgebiet, wurde die Menge aufgefordert,

morgen in den Generalkreis zu treten, sich mit Waffen zu versehen und die Sipps zu entwaffnen.

Dortmund, 25. März.

In einer von den Kommunisten abgehaltenen Demonstrationsversammlung wurde für morgen zum Generalkreis aufgerufen. Die freien Gewerkschaften sind gegen den Streik und warnen die Arbeiter. Die Sicherheitspolizei wurde alarmiert. Starke Patrouillen durchziehen die Stadt.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Zentralverband der Maschinisten und Heizer erlassen folgenden Aufruf:

„In die Arbeiterschaft der Ruhrgebiets Kameraden! Kollegen! Von bekannter Seite wird wieder einmal versucht, die Bergarbeiter zu Putschern zu reizen. Laßt Euch von Leuten, die keinerlei Verantwortung zu tragen gewillt sind, nicht zu Unbesonnenheiten verleiten. Bleibt bei der Arbeit! Haltet Euch streng an die Beschlüsse und Konventionen. In der Lohnfrage sind neue Verhandlungen eingeleitet. Es wird nach Abschluß derselben zu einer neuen Konferenz, die dann weitere Beschlüsse zu fassen hat, eingeladen werden. Folgt nur der Verbandsparole. Meidet die Konferenzen, die von Gewerkschaftsjetzpluttern und Putschanhängern einberufen werden.“

Irrsinnige Verbrecher

Kaufenberg und Wollheim verbreiten in Hamburg durch Anschlag folgende Erklärung: „Irrsinnige Verbrecher, die sich Kommunisten nennen, haben durch Ueberbietung der in revolutionären Zeiten üblichen Lockspindelmethoden den Tod zahlreicher Menschen herbeigeführt. Unter dem Schutze ihrer eben erworbenen parlamentarischen Immunität und unter sorgfältiger Sicherung ihrer eigenen Personen haben sie waffenlose Arbeitermassen vor die Gewehre und Maschinengewehre der bewaffneten Staatsmacht geholt in der Absicht, daß es zum Blutvergießen kommen sollte, wie aus ihren Aufrufen hervorgeht.“

Die „Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands“, hinter deren Namen sich der alte Spartakusbund versteckt, hat noch nie das Recht gehabt, sich als kommunistisch zu bezeichnen. Sie sind zur Verantwortung zu ziehen, und zwar von den Organen der Arbeiterklasse selbst.

Die verbrecherischen Elemente haben zu „revolutionären Taten“ aufgerufen. In der gegebenen Situation ist im Augenblick nur eine revolutionäre Tat möglich: Die revolutionäre Zustimmung an den Saboteuren und Mordbeurern der Revolution.

Bombenanschlag in Breslau

Breslau, 25. März.

Ueber einen Bombenanschlag wird amtlich mitgeteilt: Heute früh gegen 4 1/2 Uhr wurde in einem Kellerfenster des Hauses Tauenhienstr. 5 von verbrecherischen Elementen eine Bombe zur Explosion gebracht, die großen Sachschaden auf dem Grundstück und in den gegenüberliegenden Häusern verursacht hat. Ansehend war ein Attentat gegen eine im Hause Tauenhienstr. 5 im Dienste der obersteichischen Saboteurarbeitende Stelle geplant. Die Art des Anschlages und die Beschaffenheit der Bombe lassen darauf schließen, daß es sich um ein von kommunistischer Seite ausgehendes politisches Attentat handelt, das mit der von Mitteldeutschland ausgehenden kommunistischen Bewegung in Zusammenhang steht. Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ hat in den letzten Tagen gleichfalls zum offenen Aufruf und zu Gewalttaten aufgefordert und mußte deshalb bereits zweimal beschlagnahmt werden. Allerdings ist es auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um ein von polnischen Janatschern ausgehendes Attentat handelt. Für die Ermittlung der Täter hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt. Der Polizeipräsident hat umfassende Maßnahmen getroffen, um weiteren Gewalttaten nach Möglichkeit vorzubeugen und das Uebergreifen der kommunistischen Ruhrbewegung nach Breslau im Keime zu ersticken.

Hygienische Kultur

Von San.-Rat Dr. Essler, Danzig

Mit großer Freude muß man die in Preußen unter Führung des Ministerial-Direktors Goitschmann beschlossenen Maßnahmen zur Belehrung des Volkes in hygienischen Fragen begrüßen. Die Ärzte haben sich vor dem Kriege ein Verdamnis zuschulden kommen lassen. Nur so ist es zu erklären, daß das Ruppischerium äppig ins Kraut schleichen konnte.

Daß das Volk im allgemeinen, die sogenannten höheren Kreise aber im besonderen, zu allerlei mystischen Auffassungen über die Heilung von Krankheiten neigen, ist bekannt. Eine nicht zu übersehende Ursache dafür ist sicher in den Wunder-Erzählungen der Bibel zu finden, die schon dem Kinde den Glauben beibringen können, daß bei Heilungen oft übernatürliche Kräfte wirksam und manche Menschen mit einer besonderen Gabe des Heliens begnadet sind.

Man hat früher im großen und ganzen sich darauf beschränkt, Belehrung in Tagesblätter, durch Anschläge an Plakat-Säulen u. a. zu erteilen, wenn eine Epidemie auftrat. Auch durch Merkblätter suchte man zu wirken, von denen aber, vielleicht von den Merkblättern über Säuglings-Ernährung abgesehen, wohl wenig Nutzen und Verständnis erzielt worden ist. Endlich wurden Befehle erlassen und von der Gesundheits-Polizei durchgeführt.

Des alles geht dem Uebel aber nicht an die Wurzel. Es müssen z. B. alle noch so gut ausgearbeiteten Desinfektions-Maßnahmen nicht viel, wenn das Volk nicht versteht, weshalb desinfiziert wird und welchen Nutzen eine Desinfektion bringen soll. Und einmaligen Widerstand gegen die sanitären Befehle (man denke an die Impfgegner) kann man nicht nur durch Zwang bekämpfen wollen.

Voraussetzung hygienischen Wirkens in einem Lande ist hygienische Kultur seiner Bewohner. Bedauerlich ist es z. B., daß noch immer, namentlich auf dem Lande, geringfügige Verletzungen eines Fingers zu schweren Eiterungen, unter Umständen zum Tode durch Blutvergiftung führen, während Kenntnisse über Wundbehandlung und erste Hilfe allen diesen Krankheiten vorbeugen würden. Noch bedauerlicher ist es, daß die Krätze noch nicht ausgerottet ist und Läuse in manchen Schulklassen bei 50 Prozent und mehr der Kinder sich finden, während es doch ein Leichtes ist, Krätze und Läuse zu vernichten.

So lange hygienische Kenntnisse nicht im Volke festgewurzelt sind, darf man sich nicht wundern, daß Tausende unserer Volksgenossen auf jeden noch so durchsichtigen Heilmittel-Schwindel hereinfallen und Geld und Gesundheit opfern. Darum

müssen alle Mittel herangezogen werden, um hygienische Kultur zu fördern. Die Erwachsenen müssen durch besondere Kurse, durch Vorträge in Volkshochschulen usw. belehrt werden. Viel wichtiger aber ist die frühzeitig einsetzende Aufklärung der Jugend, in Volksschulen, höheren Schulen, Fortbildungsschulen, Seminaren usw. Das Wissen von den Ursachen und der Vermeidung der Krankheiten muß allen Staatsbürgern von Jugend auf in Fleisch und Blut übergehen. Nur auf diese Weise werden sie erkennen lernen, daß, wie im Leben, so auch bei den Krankheiten alles natürlich zugeht, und nicht mystischer Aberglaube, sondern nur Wissen und Bildung dazu helfen, gesundheitliche Gefahren zu vermeiden.

Will man hygienisch wirken, so bedarf es der Mitarbeit eines Volkes hoher hygienischer Kultur.

Hermann Essigs Frauenmut

Im Lessingtheater

Daß das Lessingtheater den von der Öffentlichkeit vernachlässigten Dichter Hermann Essig aufführt, ist eine verdienstvolle Sache. Nicht verdienstvoll ist es, daß man ausgerechnet den „Frauenmut“ dafür ausgewählt hat. Denn es gibt bessere Sachen von Essig.

Diese Komödie behandelt eine sogenannte historische Begebenheit. Die Frauen des württembergischen Städtchens Schorndorf sollen im Jahre 1688 den besagenden Truppen des französischen Generals Mollat siegreich widerstanden haben, nachdem ihre Ehemänner, die Bürger der Stadt, schon selbe kapitulieren wollten.

Essig schildert diese Geschichte von der Schande der feigen Männer und der Heldentat der mutigen Frauen in einer derben, holzschnitartigen Weise, ohne Rücksicht auf zarte Gefühle zu nehmen, mit einem Humor, wie er etwa zur Zeit von Hans Sachs gang und gäbe war.

Und so wäre das Ganze ein harmloser Scherz, wenn dem Dichter nicht der Kampf der Frau Kunkelän (das ist die schöne Bürgermeistergattin, die Anführerin der Frauen, die Haupt, die einzige Person des Stückes, neben der die andern Figuren nur angedeutet sind), wenn dem Dichter der Kampf dieser Frau gegen den feindlichen General, gegen ihren Ehemann, gegen alle Männer nicht ins Tief erotische geraten wäre. Dadurch wird diese Komödie mehr als ein harmloser Scherz — aber zugleich auch weniger, nämlich unklar und unverständlich. Den männlichen Mut, den die schöne, ganz weiblische Frau Kunkelän zu ihrem Kampfe nötig hat, verkörpert der Dichter in einem „Ritter Roland“, der häßlich wie ein Affe, tapfer (in Worten allerdings) nur wie ein Löwe, und schlächter wie kein Tier in der Welt, und aber manchmal ein richtiggehender Mensch und manchmal, mit Hilfe

einer Tarnkappe, ein Geist ist, und alles in allem ein ziemlich verunglücktes Symbol männlichen Mutes, männlicher Keuschheit und männlicher Ehre. Diese manchmal als Mensch, manchmal als Symbol auftretende Figur verliert — und verliert das Stück.

Es ist möglich, daß man diese Figur einfach nicht spielen kann. Salfner jedenfalls kann es nicht. Er weiß nicht einmal, wie man richtig stottert. Auch Käthe Dorsch mußte mit der Rolle der tapferen Frau Bürgermeisterin nicht recht was anzufangen. Alle guten Wirkungen des Abends gingen trotzdem von ihr aus. Weil sie eine prächtige Frau — und nichts weniger als ein Symbol ist.

Da zweimal die Männer auf der Bühne von ihren Frauen durchgeprügelt werden, war die anwesende Herrenwelt beleidigt. Da sexuelle und erotische Dinge in einer derben und offenen Sprache geäußert werden, waren die Premiergäste beleidigt, die gewöhnt sind, daß man Unanständigkeit mit Zoten verpackt serviert und die nicht wissen, daß ein nackter Mensch nie so „unanständig“ ist, wie ein pikanterweise halb-entkleideter. Sie waren beleidigt und sie pfliffen. Und verhassten dadurch dem Stücke zu einem Erfolg, denn nun begannen alle anders Gesinnten heilig zu klatschen, die sonst vielleicht nur gelacht hätten: „Ganz nett!“ — und der Vorhang mußte immer wieder ausgehen.

Hans Siemsen

Vor dem Schauspielereistreik

Wie zu erwarten war, hat die heftige Ablehnung sämtlicher Schauspielere-Forderungen durch die Berliner Theater-Direktoren unter den Bühnengedungen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Volksversammlung, die Karfreitag im Hof-Palast stattfand, war außerordentlich stürmisch. Während die von Dr. Czempin geführten proletarisierten Schauspieler energisch vorzugehen wollten, wurde von den sogenannten prominenten, die ihre 50 bis 100 000 M. jährlich ficher in der Tasche haben, beschwichtigend gesprochen. Schließlich wurden zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine die Berliner Theater-Direktionen auffordert, sich bis heute Sonnabend mittag für eine Verhandlungsbereitschaft zu erklären, — die zweite, die Lokalbühnen anweist, abstimmen zu lassen, ob im Falle einer Ablehnung Dienstag, vormittag 10 Uhr, in den Theaterstreik getreten werden soll. Die Prominenten wollen, daß das Ultimatum nicht bis heute Sonnabend, sondern bis Mittwoch laufen soll, natürlich nur, um den Theaterdirektoren das gute Obergeld nicht zu verderben. Die Schauspieler, die das Ultimatum auf den Dienstagabend festgesetzt haben, haben natürlich nicht, wie ihnen ganz kindisch zugerufen wurde, „expresserlich“ gehandelt, sondern in berechtigter Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

